

Ein vielschichtiges Phänomen

Thailands Proteste der »Rothemden«

Der in Bangkok lebende Michael Nelson hat für die *südostasien* die aktuellen Ereignisse in Bangkok analysiert.

Michael H. Nelson

Die »*United Front for Democracy against Dictatorship* (UDD) – Red in the Land« entstand aus einer Reihe lose gekoppelter und politisch unterschiedlich orientierter Gruppen, die sich in Demonstrationen gegen den Militärputsch vom 19. September 2006 zusammenfanden. Da dieser Putsch der Regierung des sehr populären Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra ein Ende bereitete, verwundert es nicht, dass Thaksin bis heute der wohl wichtigste Kristallisationspunkt der Proteste geblieben ist. Manche Anhänger der UDD sehen dies als unerwünschte Personalisierung einer Massenbewegung, die eher für ihre politischen Forderungen kämpfen sollte – mehr Demokratie, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, die Abschaffung zweierlei Maßstäbe bei der Gesetzesanwendung, die Zurückdrängung einer sich über der Verfassung stehenden wählenden Elite (Militär, Bürokratie, Technokraten), sowie einer Beschränkung der Monarchie auf symbolische Funktionen (als Beispiele werden oft England und Japan genannt).

Auf der anderen Seite sehen ihre Gegner die UDD allein als Geschöpf Thaksins. Aus ihrer Sicht war er (der sich wegen eines sehr zweifelhaften Urteils zu zwei Jahren Gefängnis außerhalb Thailands aufhält und in seinem Privatjet von Land zu Land reist, mit Hauptsitz in Dubai und Staatsbürgerschaft von Montenegro) der alleinige Strippenzieher und Geldgeber der teuren Proteste in Bangkok. Sie begannen am 12. März 2010 mit dem Ziel, Ministerpräsident Abhisit Vejjajiva zu Parlamentsauflösung und Neuwahlen zu zwingen. Auch wohlmeinende Beobachter stellen fest, dass ein Kernziel der Proteste die Umkehrung der Konsequenzen des Militärputsches für Thaksin sind: Annullierung aller Gerichtsverfahren, Zurückgabe seines Eigentums, Rückkehr nach Thailand und möglicherwei-

se an die Macht (Universitätsdozent Somsak Jeamteerasakul, *New Mandala*, 5. Mai 2010).

In dieser ersten Dimension der UDD-Proteste handelt es sich um die Fortsetzung des mit harten Bandagen geführten Machtkampfes zwischen Thaksin und den alten Eliten, der schon vor dem Putsch tobte. Thaksin hat sich regelmäßig mit den Führern der Proteste in Bangkok beraten und über Videoverbindungen des öfteren Reden sowohl an die Demonstranten in Bangkok als auch an kleinere Versammlungen im Norden und Nordosten des Landes gerichtet. Darüber hinaus sind Politiker von Thaksins früherer Thai Rak Thai Partei (verboten 2007), der darauf folgenden People's Power Partei (verboten 2008), sowie der heutigen Phuea Thai Partei eng mit den Protesten verbunden. Als seine Anhänger auf Bangkoks Straßen im Kugelhagel des Militärs starben, wurde Thaksin fotografiert, als er mit einer Tochter und großem Gefolge im Louis-Vuitton-Geschäft auf der Champs Élysées in Paris einkaufte.

Thailands Demokratie

Die zweite Dimension der Proteste ist das politische System Thailands. Es ist keine Demokratie im westlichen Sinne, sondern ein duales System mit demokratischen Elementen.¹ Im oberen Teil finden wir die alten Eliten (Monarchie, Militär, Bürokraten, Technokraten), die von den Rothemden als »Aristokratie« oder »Bürokratie« angegriffen werden. Ihr höchster Wert ist die vordemokratische Dreifachheit »Nation, Religion, Monarchie.« Diese Eliten leiten ihre Legitimation, ungeachtet der in diesen Kreisen weit verbreiteten Korruption, aus einer angeblichen Orientierung am Wohl der Nation ab. Ihr Operationsmodus besteht aus der Kontrolle der Bevölkerung, während ihr politisches Ordnungsmodell der Paternalismus ist. Damit geht die Richtung politischer Aktivitäten von oben nach unten.

Im unteren Teil der dualen Ordnung finden wir die Bürger, Politiker und politischen Parteien. Diese Gruppen sind zeitlich nach den Eliten entstanden oder wichtig geworden und bestreiten die gewohnten Machtansprüche der alten Eliten, was in den vergangenen 25 Jahren immer wieder zu Konflikten geführt

Foto: © Lee Yu Kyung

Der Autor ist Gastwissenschaftler im Fachbereich politische Wissenschaften an der *Chulalongkorn University* und Mitarbeiter für Südasienkunde, Universität Passau.

hat. Der höchste Wert dieser Gruppen ist die Verfassung. Ihre Legitimationsgrundlage ist der Grundsatz, dass alle Macht vom Volke ausgehen müsse. Ihr Operationsmodus ist der Pluralismus und das politische Ordnungsmodell ist die Demokratie. Die Richtung politischer Aktivitäten geht von unten nach oben.

Als die *People's Alliance for Democracy* (PAD) ihre Proteste gegen Thaksin (2006) und seine Nachfolgeregerungen (2008) durchführte, orientierte sie sich an »Nation, Religion, Monarchie«, nicht am Prinzip parlamentarischer Demokratie. Aus Sicht der PAD und vieler Mitglieder der Elite funktioniert diese in Thailand nicht, weil die Politiker ihre Mandate durch Stimmenkauf erwerben, um sie danach für Korruption zu nutzen. Wenn Kritiker des Militärputsches anführen, dass Thaksin mit überwältigender Mehrheit demokratisch gewählt worden war, dann antwortet die Elite, dass Wahlen nicht mit Demokratie gleichgesetzt werden könnten. In Thailand würden sie vielmehr zur »Tyrannei der (ungebildeten, ländlichen, käuflichen) Mehrheit« über die gebildete und politisch am Gemeinwohl orientierte Bangkok Elite und Mittelschicht führen. Abhisits Demokratische Partei steht dieser Elitenvorstellung sehr nahe.

Die UDD lehnt diese elitäre Sichtweise ab und besteht darauf, dass das parlamentarische System – bei aller Verbesserungsfähigkeit – funktioniert. Darüber hinaus hätten die Bürger bewusst Thaksin gewählt, weil er der erste Ministerpräsident gewesen sei, der die Bedürfnisse der normalen Bürger, insbesondere des »kleinen Mannes«, ausdrücklich ernst genommen und entsprechende Politiken (fast freie Gesundheitsversorgung, Mikrokredite für alle Dörfer) nicht nur versprochen, sondern auch durchgeführt habe. Mit Thaksin habe ihnen das Militär und die es unterstützenden anderen Eliten ihren wesentlichen Förderer entrissen, so die Meinung der UDD. Die Elite in Bangkok müsse endlich ihr gewohntes Hinabblicken auf die normale Bevölkerung ebenso aufgeben, wie ihre Annahme, dass sie einen höheren Status einnehme und daher ein Vorrecht genieße, die politischen Geschicke des Landes zu bestimmen. Vielmehr gelte, dass alle Bürger die gleichen politischen Rechte hätten und das Wahlergebnisse von allen gesellschaftlichen Gruppen anerkannt werden müsse. Damit sind die Proteste der Rothemden ein die politische Ordnung Thailands demokratisierendes Moment.

Rothemdenbewegung

Frühere Massenproteste gegen die Regierung in Bangkok wurden getragen von der Bevölkerung der Hauptstadt. Im Oktober 1973 waren es die Studenten; im Mai 1992 war es die Mittelschicht; in den Jahren 2006 und 2008 war es wiederum die Mittelschicht, damals in Gestalt der PAD. In den jetzigen Protesten der UDD ist die obere und mittlere Mittelschicht

Bangkoks kaum vertreten, wohl aber viele Angehörige der unteren Mittelschicht und der unteren Einkommensgruppen. Vor allem aber sind die Proteste der sichtbarste Teil einer breiten sozial-politischen Bewegung unterer Einkommensschichten (nicht der »Armen«, wie es oft fälschlich gesagt wird), wohl vor allem aus dem informellen Sektor und aus ländlichen und kleinstädtischen Gebieten. Zum ersten Mal in der Geschichte Thailands haben sich breite Teile dieser Bevölkerungsgruppen, vor allem im Norden und Nordosten, politisch organisiert und ihren Protest in die Hauptstadt getragen. Als sie auf der Anreise waren, fand die elitäre *Bangkok Post* für sie den denkwürdigen Ausdruck »ländliche Horden«.

Diese Mobilisierung beruht erstens auf einem Politisierungsprozess, der aus dem von der Elite jahrzehntelang beklagten Mangel an politischem Interesse seitens der ländlichen Bevölkerung ein politisches Bewusstsein hervorgebracht hat, welches eben dieser Elite nun wieder unheimlich ist, weil es von ihren Vorstellungen erheblich abweicht und ihre gewohnte Machtposition bedroht. Dieser politische Lernprozess basierte auf Thaksins breit angelegte Politiken (seit 2001), den Protesten der PAD (2006/2008), dem Militärputsch, dem Verfassungsreferendum (2007), drei allgemeinen Wahlen (2005, 2006, 2007), den Verboten von Thaksins Thai Rak Thai und People's Power-Parteien, sowie die trickreiche Ersetzung der PPP-Regierungen von Samak Sundaravej und Somchai Wongsawat durch den elitengestützten Abhisit Vejjajiva von der oppositionellen Demokratischen Partei (2008). Nie zuvor hat es in Thailand eine derart intensive Periode politischer Ereignisse gegeben, die breite Schichten der Bevölkerung im ganzen Land betraf. Nie zuvor auch haben politische Spaltungen wie die in »gelb« und »rot« so weit in Dörfer, Firmen, Bildungseinrichtungen, Staatsverwaltungen, Freundschaften und Familien hineingereicht.

Zweitens hat die UDD, besonders seit dem missglückten Protest im April 2009, zunehmend systematische Mobilisierungsarbeit geleistet. Sie verfügt über einen momentan von der Regierung geschlossenen Fernsehsender, viele lokale Radiostationen, drei größere Zeitschriften (*Thai Red News*, *Truth Today*, *Voice of Thaksin*) und eine Einrichtung für politische Schulungen. In sehr vielen Kleinstädten und Dörfern, speziell im Norden und Nordosten, gibt es Zellen von UDD-Mitgliedern, die zu Hunderttausenden in elektronischen Mitgliedslisten mit Fotos registriert sind und Mitgliedskarten mit sich führen. All dies deutet auf ein sehr breites Netzwerk politischer Kommunikationen hin. Diese Politisierung und die UDD erscheinen daher als Elemente zunehmender Demokratisierung. Es bleibt abzuwarten, welche individuellen und kollektiven Konsequenzen, auch hinsichtlich der Puea Thai Partei, die Erfahrung gemeinsamer Proteste und politischer Kraft gegen das etablierte Machtzentrum in Bangkok haben wird.

Proteste

Dies ist die vierte Dimension des Phänomens der »Rot-hemden«. Als die Proteste am 12. März 2010 im Regierungsviertel begannen, waren sie eine beeindruckend friedliche Massenaktion. In der Tat hatte die UDD ständig betont, dass ihr Protest nur auf friedliche Weise durchgeführt würde. Mit der Ausweitung in die Innenstadt wurde dieser Ansatz jedoch zugunsten potentieller Gewalt aufgegeben. Keine Regierung kann sich derart erpressen lassen und muss, wenn es zu keiner Verhandlungslösung kommt, den Protest schließlich auflösen. Nach den Ereignissen vom 10. April (26 Tote, 800 Verletzte) eskalierte die UDD die Situation, indem sie all ihre Kräfte in der Innenstadt konzentrierte. Damit hat-

te das Endspiel um den Sieg begonnen. Ein Führer der UDD, Jaran Ditapichai, wurde von der *Washington Post* (1. Mai) mit den Worten zitiert: »We are fighting a war«. Ein »Krieg«, bei dem es darum geht, ob das Parlament zur Ebnung des Weges zu Neuwahlen einige Monate früher oder später aufgelöst werden würde.

Und nach »Krieg« sah das Protestgebiet auch aus. Massive Barrikaden mit angespitzten Bambusstöcken und vielen kleinen Bergen mit Pflastersteinen kündigten an, dass jeder Versuch die »friedliche« Demonstration aufzulösen von den Kampfeinheiten der UDD ohne Rücksicht auf eigene und fremde Verluste zurückgeschlagen werden würde. Dies war eine hochriskante Taktik und schloss ein, resultierende Opfer als politisches Kapital gegen die Regierung zu verwenden. Außerdem hatten die Ereignisse vom 10. April und Dutzende die Proteste begleitende Granatenanschläge deutlich gemacht, dass es eine dunkle Gruppe militärisch geschulter Kämpfer gab, die der UDD im Auflösungsfall mit Waffengewalt beistehen würde (ob die UDD dies wollte oder nicht).

Diese massive Gewaltandrohung hat einen Auflösungsversuch zeitweise verhindert und zur Verkündung der »road map« durch Ministerpräsident Abhisit am 3. Mai geführt (sie enthielt auch die Durchführung allgemeiner Wahlen am 14. November 2010). Man kann fragen, welche politischen Zwecke wie viel Gewalt als Mittel in einer sich demokratisierenden Ordnung rechtfertigen. Hinzu kam, dass Militär und Polizei nicht geneigt waren, die Anordnungen ihres Chefs auszuführen. Beide Staatsorgane fühlen sich offenbar nicht strikt an die Verfassung gebunden (das ist nicht neu). Ironischerweise war es wohl gerade dieser Mangel, der ein größeres Blutbad als das am 10. April verhindert hatte.

Unglücklicherweise jedoch konnten sich die Falken in der UDD-Führung mit ihrer Ablehnung von Abhisits Angebot gegen ihre moderateren Kollegen durchsetzen. Abhisit verlor schließlich die Geduld. Nachdem sie schon einige Tage vorher das Protestgebiet abgeriegelt hatten, um die Führer zur Aufgabe zu bewegen, begannen Armeekräfte am 19. Mai die Barrikaden der UDD zu überrennen. Während sich ihre Führer der



Die Zuversicht und Begeisterung dieser Demonstranten täuscht über den Ernst der Lage hinweg.

Foto: © Lee Yu Kyung – Blog: <http://penseur21.wordpress.com>

Polizei ergaben (um diesen unvermeidlichen Schritt so lange wie möglich hinauszuzögern, haben sie 50 Menschenleben geopfert), zündeten UDD-Anhänger mehr als 30 Gebäude in Bangkok und vier Provinzverwaltungen im Nordosten an. Insgesamt haben die Proteste 85 Tote und 1.378 Verletzte gefordert. Abhisit Vejjajiva ist nunmehr der einzige Zivilist in einem Triumvirat

thailändischer Ministerpräsidenten, die für die Erschießung Dutzender von Demonstranten verantwortlich sind (Oktober 1973: Feldmarschall Thanom Kittikachorn, Mai 1992: General Suchinda Kraprayoon).

Ausblick

Die öffentliche Meinung in der Hauptstadt sieht die Geschehnisse überwiegend nicht als »Soldaten erschießen Demonstranten«, sondern als »Bangkok wurde von Aufrührern angezündet«. Aus dieser Sicht rechtfertigt deren Vandalismus im Nachhinein die Regierungslinie, nach der sie es mit »bewaffneten Terroristen« zu tun hatte, die die Monarchie stürzen wollten. Auf der anderen Seite dürften Mitglieder der UDD in ihrer Entfremdung vom thailändischen Staat und in ihrer Auffassung bestärkt worden sein, dass sie nichts Gutes vom Establishment in Bangkok zu erwarten hätten. Beide Seiten haben ihre Fronten so verhärtet, dass schwer absehbar ist, ob und wann diese tiefe Kluft überbrückt werden und eine politischen Ordnung etabliert werden kann, der alle gesellschaftlichen Kräfte zustimmen.

Anmerkung

- 1) Das folgende Modell systematisiert Vorstellungen thailändischer Autoren. Manche bewerten die Strukturen positiv (Anek Laothamatas, Kobkua Suwannathat-Pian, Chai-anan Samudavanija), andere kritisieren sie (Thitinan Pongsudhirak, Kasian Tejapira, Thongchai Winichakul). Siehe ergänzend Michael H. Nelson. 2009. »Thailands hybride Demokratie: Strukturelle und ideologische Folgen weltgesellschaftlicher Einflüsse.« *Pacific News* Nr. 32, Juli/August 2009:4-7.